



Nr. 19

16. Mai 2013

Inhalt

[dbb Chef unterstützt Forderung nach besserer Besoldungsperspektive in Berlin+++](#)
[Dauderstädt: dbb wird seinen Beitrag zur Meisterung des demografischen Wandels leisten – Bundesweite Kampagne an Schulen angekündigt+++](#)
[Vor dem Demografieipfel - dbb: Zukunftssicherer öffentlicher Dienst ist langfristige Gestaltungsaufgabe+++](#)
[Gesundheitsausschuss diskutiert Krankenversicherung – dbb: Erleichterung für Beitragsschuldner auch auf Vergangenheit erstrecken+++](#)
[Forum Personalvertretungsrecht - Mitbestimmung ist Teil des sozialen Friedens+++](#)
[dbb bundesfrauenvertretung zum Demografieipfel : Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt Herausforderung für öffentlichen Dienst+++](#)
[Berufsbildungsbericht 2013 - Kothe: Öffentlicher Dienst droht auszubluten+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Frank Becker neuer Landesvorsitzender des dbb berlin+++](#)
[Hauptausschuss des BBB: Kurs beibehalten – auch nach der Wahl!+++](#)
[BBW im Gespräch mit SPD über Besoldungsanpassung+++](#)
[DBB NRW sieht jetzt den Landtag gefordert+++](#)
[dbb brandenburg unterstreicht Übernahmeforderung für den Beamtenbereich+++](#)
[GDL: Personalquerelen beendet+++](#)
[DPolG: Wohnungseinbrüche müssen Top-Thema der Innenministerkonferenz werden+++](#)
[Philologenverband: Lehrer brauchen Ganztagesverträge+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

dbb Chef unterstützt Forderung nach besserer Besoldungsperspektive in Berlin

(dbb) dbb Chef Klaus Dauderstädt hat die gemeinsame Forderung des Berliner dbb-Landesbundes und von Justizverbänden nach einer besseren Besoldungsperspektive für die Landesbeamten in Berlin unterstützt.

Auf dem Landesgewerkschaftstag des dbb berlin sagte Dauderstädt am 15. Mai 2013: „Man kann das drehen wie man will, der Besoldungsabstand zwischen Berlin und Bund oder Bayern ist inzwischen deutlich zweifelhaft.“ Die Beschäftigten erwarteten zu Recht „eine halbwegs phasengleiche Anpassung ihrer Bezahlung. Und dabei setzt der Tariftisch den Takt“, sagte Dauderstädt mit Blick auf den Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder vom März diesen Jahres.

Entscheidend sei, so der dbb Bundesvorsitzende weiter, „dass der Berliner Senat nicht länger ausweicht, sondern sich seiner Verantwortung bewusst ist, trotz des noch für den 1. August 2013 sicheren Steigerungsgrades der Besoldung um zwei Prozent die weitere Entwicklung in der Parallele zu anderen Ländern und dem eigenen Tarifergebnis jedenfalls bis Ende 2014 zu klären.“ Nicht minder wichtig wäre ein Pro-

gramm, den Beamten im Lande eine saubere Perspektive über weitere Anpassungsschritte zum Niveau der anderen öffentlichen Hände zu präsentieren, denn in dieser Zeitspanne wird ja auch das Gehaltsniveau der Tarifbeschäftigten im Stufenplan angeglichen.“ Seite an Seite mit den Berliner Kolleginnen und Kollegen appelliere der Bundes-dbb an die Verantwortlichen in Berlin, bald Entscheidungen zu treffen: „Zeigen Sie uns, dass Berlin eine flotte Metropole ist. Auch die beste Currywurst schmeckt nicht mehr, wenn man sie verbrutzeln lässt.“

Gemeinsam mit dem dbb berlin hatten der Deutsche Richterbund, der Verein der Berliner Verwaltungsrichterninnen und Verwaltungsrichter sowie die Vereinigung der Berliner Staatsanwälte Besoldungsgerechtigkeit im Land Berlin und den Abbau des erheblichen Besoldungsabstands zu den anderen Bundesländern bis Ende 2017 gefordert.
(01/19/13)

Dauderstädt: dbb wird seinen Beitrag zur Meisterung des demografischen Wandels leisten – Bundesweite Kampagne an Schulen angekündigt

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat auf dem Zweiten Demografiegipfel der Bundesregierung am 14. Mai 2013 in Berlin angekündigt, dass der gewerkschaftliche Dachverband langfristig an der Meisterung des demografischen Wandels mitarbeiten und sich dabei insbesondere auf die Sicherung der Kompetenzen des öffentlichen Dienstes konzentrieren wird.

„Mit dem heutigen Gipfel erfährt die Demografiestrategie der Bundesregierung zunächst einen Höhepunkt und Schlusspunkt. Dabei darf es aber nicht bleiben“, sagte Dauderstädt. „Die demografische Entwicklung ist ein gesellschaftliches Phänomen mit Langzeitwirkung. Es ist gut, dass in den Arbeitsgruppen der letzten Monate Handlungsnotwendigkeiten identifiziert wurden, sie müssen aber auch in Zukunft dynamisch angepasst werden. Das gilt insbesondere für den öffentlichen Dienst, dessen Kompetenz durch erfolgreiche Nachwuchsgewinnung, hohe Motivation und Nutzung aller Potenziale gesichert werden muss.“ Der dbb werde seinen Beitrag dazu leisten, wie

das mit der Idee eines Demografiepaktes 2012 angeboten wurde. „Dazu gehört eine große Kampagne, mit der wir bundesweit an Schulen auf die interessanten Berufsfelder des öffentlichen Dienstes aufmerksam machen“, kündigte Dauderstädt an.

„Dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich gemeinsam in die Demografiedebatte einbringen, ist nicht selbstverständlich“, sagte Hans-Ulrich Benra, Fachvorstand Beamtenpolitik und Stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, auf dem Treffen. „Die Diskussion in den Arbeitsgruppen hat deutlich gemacht: Wir sitzen alle in einem Boot. Jetzt kommt es darauf an, in die gleiche

Richtung zu rudern“, so Benra, der auch Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe F „Der öffentliche Dienst als attraktiver und moderner Arbeitgeber“ ist. Dafür sei auch die Unterstützung des Bundesfinanzministeriums notwendig, etwa in den Bereichen Prävention und besserer Gesundheitsschutz.

Zum Zweiten Demografie Gipfel hatte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich ins Berliner Congress Center eingeladen. Auf dem Treffen stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel erste Ergebnisse und Handlungsansätze der Arbeitsgruppen vor, die sich auf dem Ersten Demografie Gipfel im Oktober 2012 konstituiert hatten. Sie beschäftigen sich mit den Themen

„Familie als Gemeinschaft stärken“, „Selbstbestimmtes Leben im Alter“, „Allianz für Menschen mit Demenz“, „Entwicklung eines nationalen Koordinierungsrahmens zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft“, „Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten“, „Mobilisierung aller Potenziale zur Sicherung der Fachkräftebasis“, „Ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen“, „Bildungsbiografien fördern“, „Der öffentliche Dienst als attraktiver und moderner Arbeitgeber“. Der dbb war in vier Arbeitsgruppen vertreten.

(02/19/13)

Vor dem Demografie Gipfel - dbb: Zukunftssicherer öffentlicher Dienst ist langfristige Gestaltungsaufgabe

(dbb) Vor dem Zweiten Demografie Gipfel am 14. Mai 2013 in Berlin hat der dbb eine Zwischenbilanz seiner Mitarbeit an der Demografie Strategie der Bundesregierung gezogen und die nächsten Ziele abgesteckt.

„Uns liegt natürlich besonders am Herzen, den öffentlichen Dienst zukunftssicher zu gestalten, damit er auch morgen noch ein attraktiver Arbeitgeber ist“, sagte Hans-Ulrich Benra, Fachvorstand Beamtenpolitik und stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb, am Vortag des Gipfels. „Das ist eine langfristige Aufgabe, im Bund ebenso wie in den Ländern. Sie ist nicht in einer Legislaturperiode zu lösen und Gesetze allein reichen dafür nicht aus. Wer dem demografischen Wandel gewachsen sein und auch morgen eine leistungsfähige Verwaltung will, muss reale Haushaltsmittel und nicht nur politische Absichtserklärungen investieren. Hier darf sich der öffentliche Dienst nicht von der Wirtschaft unterscheiden.“ Benra ist Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe F „Der öffentliche Dienst als attraktiver und moderner Arbeitgeber“, die von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich geleitet wird.

Oberstes Ziel müsse auch künftig eine aufgabengerechte Personalausstattung sein, so Benra weiter. „Das erfordert, dass qualifizierter Nachwuchs eingestellt werden kann, zugleich aber ältere Beschäftigte eine Perspektive haben und ihr Erfahrungswissen an die jüngere Generation weitergeben.“ Unverzichtbar seien motivierende Arbeitsbedingungen, praktische Schritte hin zu flexibleren Arbeitsformen und –zeiten und ein präventiver Gesundheitsschutz.

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann, die den gewerkschaftlichen Dachverband in der AG A „Familie als Gemeinschaft stärken“ vertritt, sagte: „Der dbb hat deutlich gemacht, dass wir auch den Gesetzgeber in der Pflicht zum Handeln sehen, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Insbesondere die jetzigen Regelungen zur Teilzeit sind nicht ausreichend. Sowohl die Inanspruchnahme von Teilzeit als auch die Rückkehr in Vollzeit sind auch bei Vorliegen von Familienpflichten oft in das Belieben des Arbeitgebers gestellt. Ein eindeutiger Rechtsanspruch würde hier Klarheit schaffen.“ Außerdem müsse Müttern und Vätern mehr Mitsprache eingeräumt werden, wenn es um die Verteilung der Arbeit hinsichtlich Dauer, Lage und Ort geht, so Lühmann, die sich auch für familienunterstützende Dienstleistungen aussprach. „Diese sind ein Gewinn für die Zeitsouveränität der Familien, haben aber ihren Preis und müssen für den Normalverdienende finanziell leistbar gestaltet werden. Dies könnte über das Steuerrecht geschehen.“

In der Arbeitsgruppe B „Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten“ war der dbb durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach vertreten. „Durch unsere Mitarbeit konnten wir erreichen, dass eine gravierende

Regelungslücke im Arbeitsschutzgesetz geschlossen wird: Bislang tauchten die derzeit viel diskutierten psychischen Belastungen dort nicht explizit auf. Das soll sich nun ändern. Die Bundesregierung hat mit dem Bundesunfallkassen-Neuorganisationsgesetz einen entsprechenden Entwurf vorgelegt, in dessen Rahmen das Arbeitsschutzgesetz um die psychischen Belastungen erweitert und somit konkretisiert wird. Die Arbeitgeber kommen dann nicht mehr an dem Thema vorbei“, so Silberbach. Kritisch habe der dbb darauf aufmerksam gemacht, dass es schlecht um die personelle und finanzielle Ausstattung der Arbeitsschutzverwaltungen der Länder sowie der Unfallversicherungsträger bestellt ist. So konnten 2010 beispielsweise nur 4,9 Prozent der Betriebe von der Gewerbeaufsicht besichtigt werden.

Mit der „Sicherung der Fachkräftebasis“ beschäftigte sich die Arbeitsgruppe E.1, in der Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik und Zweiter Vorsitzender des dbb, mitwirkte. „Konsens innerhalb der AG besteht in der dringenden Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern. Hier soll besonderes Augenmerk auf konkurrenzfähige Gehälter, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Ermöglichung von Heimarbeit gelegt werden. Daneben ist die intensiv diskutierte und künftig stärker im Fokus stehende Abschlussorientierung im Bereich der Umschulungen sowie Aus- und Weiterbildungen ein wichtiger Schritt zur Neugewinnung von Fachkräften“, so Russ.
(03/19/13)

Gesundheitsausschuss diskutiert Krankenversicherung – dbb: Erleichterung für Beitragsschuldner auch auf Vergangenheit erstrecken

(dbb) In der Anhörung im Bundestagsgesundheitsausschuss zum Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung am 13. Mai 2013 hat sich der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt dafür ausgesprochen, die vorgesehenen Erleichterungen gegenüber Beitragsschuldnern nicht nur für die Zukunft zu eröffnen, sondern auch auf die Vergangenheit zu erstrecken.

Das Vorhaben der Regierungskoalition sieht Lösungen für die gesetzliche wie die private Krankenversicherung vor. Bei GKV-Versicherten sollen die 2007 von 1 auf 5 Prozent monatlich angehobenen Versäumniszuschläge wieder auf 1 Prozent abgesenkt werden. Bei nicht zahlenden Privatversicherten soll künftig ein Notlagentarif gelten, der nur noch Behandlungen umfasst, die für akute Erkrankungen, Schmerzzustände, bei Mutterschaft und Schwangerschaft erforderlich werden. Auf diesen Tarif können zu einem Viertel die schon gebildeten Altersrückstellungen angerechnet werden. Angesichts von fast drei Milliarden offenen Beitragsrückständen sieht der dbb eine Lockerung der häufig zur Privatinsolvenz führenden Sanktionen als überfällig an.

Nachdrücklich zurückgewiesen hat der dbb das Modell einer Bürgerversicherung, das bei der

Anhörung von der Fraktion Die Linke beantragt worden war. Sie forderte den Bundestag auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem die private Krankenversicherung als Vollversicherung abgeschafft wird und ihre Versicherten in die gesetzliche Krankenversicherung überführt werden. Als Interessenvertretung von rund der Hälfte aller PKV-Versicherten unterstrich der dbb die bewährte Zweigleisigkeit zwischen GKV und PKV und betonte, dass nur die private Krankenversicherung in der Lage ist, zum Beihilfeanspruch von Beamten verzahnte Tarife anzubieten. Würde die durch die Pluralität der Versicherungsformen bestehende Wettbewerbssituation beseitigt, hätte dies negative Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung in Deutschland. Zudem habe das Bundesverfassungsgericht der PKV einen grundgesetzlich garantierten Bestandsschutz zugebilligt.
(04/19/13)

Forum Personalvertretungsrecht - Mitbestimmung ist Teil des sozialen Friedens

(dbb) Unter großem Teilnehmerandrang hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauders-tädt das 9. Forum Personalvertretungsrecht am 13. Mai 2013 in Berlin eröffnet. Vor mehr als 150 Personal- und Betriebsräten aus dem öffentlichen Dienst würdigte der dbb Chef die betriebliche Mitbestimmung als „Teil des sozialen Friedens“ und erinnerte mit Blick auf die Auflösung freier Gewerkschaften und Betriebsräte durch die Nationalsozialisten vor 80 Jahren daran, dass dies nicht immer selbstverständlich gewesen sei.

„Und obwohl heute bereits eine umfassende Beteiligung von Personal- und Betriebsräten, Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen sowie Schwerbehindertenvertretungen durch ausgefeilte Normen und Rechtsprechung gewährleistet wird, wollen wir weitere Verbesserungen für die Zukunft erreichen“, so Dauders-tädt: „Wir wollen die Verankerung eines Grundrechts auf Mitbestimmung in der Verfassung, eine ressortübergreifende Mitbestimmung etwa in der Spitze der Bundesverwaltung sowie Einbeziehung auch von Organisationsveränderungen und Personalentwicklung in den Beteiligungskatalog.“ Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müsse sichergestellt sein, dass die Interessen der Beschäftigten bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen nicht ins Hintertreffen geraten, unterstrich der Bundesvorsitzende.

Unterstützung hierfür kam von Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesinnenministerium. „Bei der Realisierung der zahlreichen Maßnahmen, die die öffentliche Verwaltung fit für die Zukunft machen, sind die Dienststellen auf die Unterstützung der Personal- und Betriebsräte angewiesen und gut beraten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als wichtigste Ressource in diesen Prozessen im wahrsten Sinne des Wortes mitzunehmen“, sagte Rogall-

Grothe und betonte, dass die großen gesellschaftlichen Aufgaben, die der demografische Wandel mit sich bringe und die insbesondere den öffentlichen Dienst betreffen, nur im Dialog mit den Beschäftigten gelöst werden könnten. „Hierbei spielen die Personalvertretungen eine Schlüsselrolle, und für ihr Engagement und ihre Unterstützung spreche ich Ihnen größte Anerkennung aus.“

Die Fachveranstaltung „Forum Personalvertretungsrecht“, die sich in diesem Jahr dem Thema „Die demografische Entwicklung im öffentlichen Dienst – Gestaltungsmöglichkeiten der Personalvertretung“ widmete, war die neunte einer mittlerweile äußerst erfolgreichen Reihe. Seit 1997 laden dbb und dbb akademie gemeinsam im Zwei-Jahres-Rhythmus zum „Forum Personalvertretungsrecht“ ein. Die in der Regel zweitägige Veranstaltung bietet eine Plattform zum Austausch von Rechtsansichten, Informationen und Erfahrungen sowie zur Diskussion von Lösungsansätzen zu aktuellen Problemen des Personalvertretungsrechts. Hochkarätige Referenten aus Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen, Rechtsprechung und Lehre sowie den Personalvertretungen verschiedenster Stufen und Vertreter der dbb Mitgliedsgewerkschaften sorgen für eine bundesweit einzigartige Expertise des Forums. (05/19/13)

dbb bundesfrauenvertretung zum Demografiegipfel : Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleibt Herausforderung für öffentlichen Dienst

(dbb) Mit Blick auf den Zweiten Demografiegipfel der Bundesregierung am 14. Mai 2013 in Berlin hat Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, die zentrale Verantwortung der öffentlichen Arbeitgeber beim demografiebedingten Strukturwandel der Arbeitswelt betont.

„Der öffentliche Dienst muss trotz Fachkräftemangels auch in Zukunft konkurrenzfähig sein“, sagte Wildfeuer und verwies auf die besondere Verantwortung der Dienstherren

gegenüber den überwiegend weiblichen Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen. Familienfreundlichkeit sei ein wichtiges Ziel. „Wir können es uns im öffentlichen Dienst

nicht leisten, auf das Knowhow der vielen gut ausgebildeten Frauen zu verzichten. Denn nur mit ihnen können wir dem Fachkräftemangel effektiv begegnen“, so Wildfeuer, die auch Mitglied der Arbeitsgruppe A „Familie als Gemeinschaft stärken“ war.

Neben einer familiengerechten Arbeitszeitpolitik müsse es im öffentlichen Dienst auch um eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik gehen. Wildfeuer kritisierte zudem die unzureichenden Regelungen zur Teilzeit. „Ein eindeutiger Rechtsanspruch auf Inanspruchnahme von Teilzeit für alle Beschäftigten mit Rück-

kehrgarantie zur Vollzeit würde hier Klarheit schaffen“, betonte Wildfeuer.

Darüber hinaus forderte sie von der Politik mehr finanzielle Entlastung für berufstätige Eltern, unabhängig von ihrem familiären Stand: „Um Frauen eine Erwerbstätigkeit zu gewährleisten, die ihnen eine ausreichende Altersversorgung verspricht, ist es notwendig, haushaltsnahe Dienstleistungen steuerlich besser zu berücksichtigen als bisher und berufsbedingte Kinderbetreuungskosten in voller Höhe als Werbungskosten in der Einkommensteuererklärung geltend machen zu können.“ (06/19/13)

Berufsbildungsbericht 2013 - Kothe: Öffentlicher Dienst droht auszubluten

(dbb) Alarmiert hat die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe auf die Daten des aktuellen Berufsbildungsberichts der Bundesregierung reagiert, den Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) am 15. Mai 2013 im Kabinett vorgelegt hat.

Der Bericht weist aus, dass mit 33.275 unbesetzten Berufsausbildungsstellen „ein neuer Höchststand erreicht“ sei. „Der spürbar zunehmende Wettbewerb um Nachwuchskräfte stärkt die Position und Auswahlmöglichkeiten der Ausbildungsbewerber“, hält der Bericht weiter fest.

Dies belege, wie drängend die Demografie-Problematik für den Arbeitsmarkt ist, sagte Kothe. „Für den öffentlichen Dienst heißt das spätestens jetzt: Nachwuchsalarm! Die gut qualifizierten und motivierten Berufseinsteiger können sich in Zeiten wie diesen in aller Ruhe

nach dem attraktivsten Arbeitgeber umschauchen. Angesichts von kunterbuntem Besoldungsföderalismus, nicht wettbewerbsfähigen Fachkräfte-Gehältern, chronischer Unterbesetzung, Überbelastung und schlechtem Image wird ihr Blick aktuell nicht gerade am öffentlichen Dienst hängen bleiben“, warnte Kothe. dbb und dbb jugend setzten sich seit Jahren für eine Sensibilisierung des öffentlichen Sektors in Sachen Demografie ein, betonte die Junggewerkschafterin. Für die Praxis gebraucht würden nachhaltige Nachwuchskonzepte, die tragen, und zwar sofort. (07/19/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Frank Becker neuer Landesvorsitzender des dbb berlin

(dbb) Zum neuen Landesvorsitzenden des dbb berlin ist auf dem Landesgewerkschaftstag am 15. Mai 2013 Frank Becker gewählt worden. Er erhielt 58 von 82 abgegebenen Stimmen, teilte der dbb berlin mit.

Becker (52), bisher Landesvorsitzender der gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl), löst Joachim Jetschmann ab, der seit 1996 an der Spitze des dbb berlin stand und dessen Stellvertreter er war. Becker ist haupt-

beruflich beschäftigt bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport.

„Mir ist eine persönliche Kommunikation gewerkschaftsintern aber auch mit Politik und Verwaltung sehr wichtig“, sagte der neue Lan-

desvorsitzende nach der Wahl. Er stehe für einen vertrauensvollen und ehrlichen Umgang miteinander, „der von gegenseitigem Respekt geprägt ist, auch wenn man mal nicht einer Meinung ist“. Inhaltlich werde er sich zunächst vor allem für die zwingend notwendige Anpassung von Besoldung und Versorgung der Berliner Beamtinnen und Beamten sowie Versor-

gungsempfängerinnen und -empfänger an das Niveau der anderen Bundesländer einsetzen, kündigte Becker an.

Der Landesgewerkschaftstag des dbb berlin stand unter dem Motto „Solidarisch handeln. Verantwortlich mitbestimmen und gestalten.“ (08/19/13)

Hauptausschuss des BBB: Kurs beibehalten – auch nach der Wahl!

(dbb) „Die Maßnahmen im Doppelhaushalt 2013/14, insbesondere die aktuelle Besoldungsrunde, sind keine Wahlgeschenke für den öffentlichen Dienst.“ Das hat Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), vor dem BBB-Hauptausschuss am 15. Mai 2013 in München betont. „Hier wurde korrigiert, was überfällig und notwendig war.“ Der Hauptausschuss, höchstes Beschlussgremium zwischen den Delegiertentagen, stand ganz im Zeichen der im Herbst stattfindenden Wahlen auf Bundes- und Landesebene. Was hat sich im öffentlichen Dienst im letzten Jahr getan und welche Erwartungen haben die Beschäftigten an die zukünftige Politik?

Mit der zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses der Länder für die Beamtinnen und Beamten des Freistaates Bayern sowie der Beendigung zahlreicher Sparmaßnahmen aus den Vorjahren (Nullrunde 2011, Arbeitszeitverlängerung, Absenkung der Besoldung der Berufseinsteiger, Aussetzung der Leistungsbezahlung) habe Bayern ein starkes und deutliches Bekenntnis zum öffentlichen Dienst und zum Berufsbeamtentum abgegeben, so Habermann weiter. „Das alles war notwendig, um den vergangenen ‚Blut- und Tränen-Haushalt‘ der Jahre 2011 und 2012 wieder zu relativieren.“

Der eingeschlagene Kurs müsse auch nach der Doppelwahl im Herbst fortgesetzt werden. Man stehe in vielen Bereichen vor großen Heraus-

forderungen. Dies gelte insbesondere für Themen wie Gesundheitsvorsorge und Absicherung im Alter.

Erstmals wurde in diesem Jahr ein Preis für den herausragenden Einsatz für den öffentlichen Dienst verliehen. Habermann ernannte Bayerns Finanzminister Markus Söder zum ersten und bisher einzigen „BBB-Beamten-Champion“ und überreichte ihm dafür einen „BBB-Boxgürtel“. Damit werde Söders besonderer Einsatz für und sein eindeutiges öffentliches Bekenntnis zum Berufsbeamtentum – insbesondere im Rahmen seines Auftritts in der TV-Sendung „Anne Will“ im vergangenen Jahr – gewürdigt. (09/19/13)

BBW im Gespräch mit SPD über Besoldungsanpassung

(dbb) Der Vorsitzende des BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW), Volker Stich, ist am 13. Mai 2013 zu einem Gedankenaustausch mit dem Chef der SPD-Landtagsfraktion Claus Schmiedel zusammengetroffen. Gegenstand der Unterredung waren das Vorhaben der Landesregierung, das Tarifergebnis mit bis zu zwölf Monaten Verzögerung auf den Beamten- und Versorgungsbereich zu übertragen, sowie die umstrittenen Reformen im Schul- und Bildungsbereich.

Bekanntlich wird der BBW mit einer großen Protestkundgebung am 29. Juni 2013 auf die von Grün-Rot geplante Besoldungs- und Versorgungsanpassung reagieren. SPD-Fraktionschef Schmiedel hat dafür kaum Verständnis. Schließlich sei es insbesondere der

SPD-Fraktion zu verdanken, dass das Tarifergebnis nur mit einer zeitlichen Verschiebung übertragen werde, betonte er im Gespräch mit BBW-Chef Volker Stich. Der BBW-Vorsitzende hingegen konfrontierte ihn mit dem Unmut und der Empörung der Betroffenen. Er machte

deutlich, dass kaum jemand für eine Verschiebung der Gehaltserhöhung Verständnis erwarten könne, die für einen Großteil der Beamtenschaft zwölf Monate betrage.

Auch die Schulreformen der grün-roten Landesregierung stoßen beim BBW und den unter seinem Dach vereinten Lehrgewerkschaften

vielfach auf Kritik. Ein Bündel dieser Kritikpunkte hat Stich, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, ebenfalls gegenüber Schmiedel thematisiert. In Fragen der Schul- und Bildungspolitik zeigte sich der SPD-Fraktionschef gesprächsbereit. Er werde auf die Lehrerverbände im BBW zukommen. (10/19/13)

DBB NRW sieht jetzt den Landtag gefordert

(dbb) Nach der gemeinsamen Demonstration von DBB NRW, DGB und Deutschem Richterbund in Nordrhein-Westfalen am 15. Mai 2013 in Düsseldorf sieht der DBB NRW nun den Landtag in der Pflicht. Die Demonstration stand unter dem Motto: „Beamte sind nicht die Sparschweine der Landesregierung“ und unterstrich erneut die Forderung, den Tarifabschluss für die Landesbeschäftigten eins zu eins auf den Beamtenbereich zu übertragen.

Auf der Kundgebung vor dem Landtag in Düsseldorf, die zeitgleich mit der Ersten Lesung des Gesetzentwurfes zur Besoldung der Beamten stattfand, hatte Meinolf Guntermann, Vorsitzender des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes, an die Abgeordneten appelliert, die Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifergebnisses für alle Beamten und Richter sicherzustellen: „Wir erwarten, dass SPD und Grüne - wie zu Zeiten der Minderheitsregierung - auf uns zukommen. Die Tür zum Dialog mit uns ist noch nicht zugeknallt“, sagte Guntermann.

„Nach dem Willen der Landesregierung sollen 262.400 Beamte und Richter weitere zwei Jahre die schleichende, seit zehn Jahren andauernde Enteignung hinnehmen“ – ihnen werde sogar der Inflationsausgleich versagt, so Guntermann weiter. Damit würde die Beamtenschaft aus dem System der sozialen Marktwirtschaft herauskatapultiert. „Das lassen wir uns nicht bieten, das nehmen wir nicht hin! Wenn es so bleibt wie es im Gesetzentwurf ist, werden Wahltage zu Zahltagen“, kündigte der DBB-Landesvorsitzende an. (11/19/13)

dbb brandenburg unterstreicht Übernahmeforderung für den Beamtenbereich

(dbb) In Schreiben an die Mitglieder der Landesregierung hat der dbb brandenburg seinen Forderung nach einer inhalts- und wirkungsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses für Beamte und Versorgungsempfänger unterstrichen.

Seit dem Tarifabschluss zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes seien inzwischen mehr als zwei Monate vergangen. Bereits am 11. März hatte der dbb brandenburg in Briefen an den Innen- und Finanzminister des Landes die Erwartung einer unverzüglichen Übernahme zum Ausdruck gebracht.

Die Landesregierung beabsichtigt, am 14. Juni 2013 einen Vorschlag für eine Übernahme des Tarifergebnisses in einem Gesamtpaket vorzustellen. Es gelte, die der dbb Landesbund, ein

weiteres Auseinanderdriften der Bezahlungs- und Beschäftigungsbedingungen innerhalb des öffentlichen Dienstes sowohl zwischen Bund, Ländern und Kommunen als auch zwischen den Statusgruppen zu verhindern. Deshalb seien die Mitglieder aufgefordert, sich der Forderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übernahme auf den Beamtenbereich anzuschließen und dies in Schreiben an die Mitglieder der Landesregierung zum Ausdruck zu bringen. Dafür stellte der dbb brandenburg Muster-schreiben zur Verfügung. (12/19/13)

GDL: Personalquerelen beendet

(dbb) „Die Generalversammlung hat die Personalquerelen beendet.“ Das hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Claus Weselsky nach der außerordentlichen Generalversammlung vom 14. bis 15. Mai 2013 in Berlin erklärt.

Die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden Norbert Quitter und Lutz Schreiber seien von den mehr als 200 Delegierten mit 84 beziehungsweise 75 Prozent in ihren Ämtern bestätigt worden. Schreiber war bisher Vorsitzender des GDL-Bezirks Nord und Quitter war der Geschäftsführer des FairnessPlan e.V. und bereits stellvertretender GDL-Bundesvorsitzender in den Jahren 2008 bis 2012.

Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden zwar bereits am 15. und 16. April 2013 vom GDL-Hauptvorstand gewählt. Der GDL-Hauptvorstand hatte aber die Durchführung einer außerordentlichen Generalversammlung zur Wahl beschlossen. Weselsky: „Wer eine solch kompetente und schlagkräftige Politik macht wie wir, kann das nicht ohne breite Unterstützung der Basis.“

Die Generalversammlung war notwendig geworden, weil die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden Thorsten Weske und Sven Grünwoldt in der außerordentlichen Hauptvorstandssitzung vom 15. bis 16. April 2013 ihrer Ämter enthoben wurden. Die GDL wird weder eine Verknüpfung privater Angelegenheiten mit der Funktion eines stellvertretenden Bundes-

vorsitzenden zulassen, noch Mitgliedsbeiträge gefährden, heißt es in der Pressemitteilung. „Wer sich mit seinem Amt in der GDL private finanzielle Vorteile verschaffen will oder dieses unterstützt, schadet uns nicht nur finanziell, sondern untergräbt auch unseren guten Ruf“, so der GDL-Bundesvorsitzende. Die beiden des Amtes enthobenen Stellvertreter hatten in der Generalversammlung Gelegenheit, Stellung zu beziehen. Die Delegierten haben sämtliche Sachverhalte aufgearbeitet und die Personalentscheidungen des Hauptvorstands bekräftigt, wird in der Pressemitteilung der GDL festgestellt.

Die GDL stehe wieder vor großen Herausforderungen. Die Verhandlungen zum Zukunftstarifvertrag mit der Deutschen Bahn (DB) seien seit dem erneuten Abbruch im März 2013 zum völligen Stillstand gekommen. GDL-Mitglieder haben derzeit keinen Schutz vor Kündigungen und die DB ist nicht bereit, diesen Schutz anders zu tarifieren, als bereits mit der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft im DemografieTV vereinbart. „Das werden wir im wohlverstandenen Interesse unserer Mitglieder nicht länger hinnehmen und ordentlich Druck in die Verhandlungen bringen“, so Weselsky. (13/19/13)

DPoIG: Wohnungseinbrüche müssen Top-Thema der Innenministerkonferenz werden

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat gefordert, dass sich die Innenministerkonferenz (IMK) in Hannover (22. bis 24 Mai) mit dem deutlichen Anstieg der Wohnungseinbrüche beschäftigt. „Das muss das Top-Thema der Innenministerkonferenz sein, und zwar möglichst ständig“, sagte DPoIG-Chef Rainer Wendt der „Welt“ (Ausgabe vom 14. Mai 2013).

Wendt sprach von einem „vorsätzlich organisierten Politikversagen“. Das Gerede vom schlanken Staat habe einen „schwindsüchtigen Staat“ hervorgebracht. Viele Bundesländer hätten in „skandalöser Weise“ Personal in den Einbruchkommissariaten eingespart. Tausende von wichtigen DNA-Spuren würden deshalb einfach liegen bleiben. „In Berlin waren das im vergangenen Jahr allein mehr als 8.000 DNA-

Proben. Eine Auswertung solcher Spuren müssen die Einbrecher also gar nicht fürchten“, kritisierte Wendt. Der Grund sei, dass die Beamten Prioritäten setzen müssten. Gezwungenermaßen würden sie zuerst die schweren Delikte wie Mord und Totschlag bearbeiten, danach solche wie den Wohnungseinbruchdiebstahl. (14/19/13)

Philologenverband: Lehrer brauchen Ganzjahresverträge

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPHV) fordert, Lehrkräfte bundesweit mit Ganzjahresverträgen auszustatten. „Anders als vor ein paar Jahren gibt es viele arbeitslose Lehrer und so können es sich die Länder leisten, schlechtere Arbeitsbedingungen zu bieten“, sagte DPhV-Bundesvorsitzender Heinz-Peter Meidinger der „Augsburger Allgemeinen“ (Ausgabe vom 14. Mai 2013).

Wenn die Ferien „bewusst ausgespart“ werden, sei das zwar gesetzlich erlaubt, moralisch jedoch bedenklich. „Alle Lehrer haben ein Recht auf bezahlten Erholungsurlaub“, sagte Meidinger. Zudem treffe das Phänomen bereits benachteiligte Lehrkräfte. „Befristete Verträge bekommen junge Lehrkräfte, die keine Staatsanstellung gefunden haben - und die verdienen ohnehin 500 bis 800 Euro netto weniger als ihre verbeamteten Kollegen.“

Die „Süddeutsche Zeitung“ (Ausgabe vom 13. Mai 2013) hatte berichtet, dass jedes Jahr in Deutschland Tausende befristet angestellte Lehrer im Sommer Arbeitslosengeld oder wegen nicht ausreichender Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung kurzzeitig Hartz IV beantragen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) meldeten sich in den Sommerferienmonaten 2012 bundesweit 5.400 Lehrer zusätzlich arbeitslos.
(15/19/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Das Schweizer Bankgeheimnis gehört nach Auffassung von **Thomas Eigenthaler** „auf den Müllhaufen der Geschichte“. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize begrüßte im Gespräch mit den „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 3. Mai 2013) zwar das Angebot der Schweiz, wieder mit Deutschland über ein Steuerabkommen zu verhandeln. „Entscheidend ist aber nicht, dass es ein Abkommen gibt, sondern wie ein solches Abkommen ausgestaltet ist“, machte Eigenthaler klar. „In der Zukunft darf es nur einen automatischen Datenaustausch geben, wie ihn die meisten EU-Staaten schon pflegen“, so Eigenthalers Position.

ßen auf der Anklagebank, so Wendt. Wo Fehler passiert seien, müsse es personelle Konsequenzen geben. Ansonsten müsse die Aufarbeitung in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen stattfinden.

Vor falschen Erwartungen im Zusammenhang mit dem NSU-Prozess vor dem Münchner Oberlandesgericht hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) gewarnt. Dies könne „zu schlimmen Enttäuschungen führen“, sagte der DPoIG-Bundesvorsitzende **Rainer Wendt** am 14. Mi 2013. „Das Gericht steht vor der Aufgabe, den Angeklagten jeweils individuelle Tatbeteiligungen und schuldhaftes Handeln nachzuweisen. Diese Aufgabe ist schon schwierig genug und wird durch andere Erwartungen zusätzlich belastet.“ Weder Polizei noch Verfassungsschutz noch der Staat insgesamt sä-

Auch in diesem Jahr werden wieder zahlreiche junge Menschen eine Ausbildungsstelle im öffentlichen Dienst antreten oder in ein Beamtenverhältnis auf Widerruf übernommen. Die jungen Kolleginnen und Kollegen stehen damit vor dem Eintritt in die Berufswelt und werden mit zahlreichen Anregungen, Informationen und Eindrücken konfrontiert. Sachkompetenz als gewerkschaftlicher Dienstleister zeigt der **dbb** beamtenbund und tarifunion deshalb mit Neuaufgaben seiner Broschüren „START – Ausbildung im öffentlichen Dienst“ und „START für den Beamtenbereich“. Beide Publikationen bieten eine Übersicht über Rechte und Pflichten der Auszubildenden bzw. Anwärter. Auch die gewerkschaftliche Arbeit in der Jugend- und Auszubildendenvertretung wird beleuchtet. (Bestellungen bitte bis 14. Juni 2013 an den Geschäftsbereich Tarif tarif@dbb.de oder an die dbb jugend info@dbbj.de)
(16/13/13)